



Die „dritte Säule“ stärken

117. Deutscher Ärztetag rückt Herausforderungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in den Fokus

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist Opfer seines eigenen Erfolgs. Regelmäßig loben Politiker die „dritte tragende Säule“ des deutschen Gesundheitswesens für ihre Verdienste um Gesundheitsschutz, Prävention und Gesundheitsmanagement – und bürden ihr dann neue Aufgaben auf. Über seine Kernkompetenzen hinaus fungiert der ÖGD zum Beispiel vielerorts als Berichterstatter und Berater der Kommunalen Gesundheitskonferenzen. Auch auf anderen Gebieten ist die Expertise der Amtsärzte gefragt: vom Kinderschutz über Hygienemaßnahmen bis zur Pandemieplanung. Globalisierung, demografischer Wandel, Veränderungen im Sozialgefüge und neue Lebensstile bringen weitere Aufgaben mit sich. Diesen Herausforderungen begegnet der Öffentliche Gesundheitsdienst mit Flexibilität und Bürgernähe. „Der ÖGD hat sich von einer Kontrollbehörde in eine serviceorientierte Einrichtung für Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt“, konstatiert Dr. Ute Teichert, Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Leider schlägt sich dieses Engagement weder in entsprechend angepassten Budgets noch in einer adäquaten Bezahlung der Amtsärzte nieder. Sie verdienen meist deutlich weniger als vergleichbar qualifizierte Kollegen in den Krankenhäusern. Schuld daran ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der 2005 den bis dahin geltenden Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) ersetzte. Der BAT unterschied nicht zwischen Klinikärzten und anderen Ärzten. Der Wechsel aus der Klinik in den öffentlichen Dienst erfolgte ohne tarifrechtliche Nachteile. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Während die Klinikärzte in den letzten Jahren von den Tarifabschlüssen des Marburger Bundes mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) profitierten, verweigern die Arbeitgeber ihrem ärztlichen Personal im Öffentlichen Gesundheitsdienst jegliche realitätsnahe Anpassung ihrer Einkommen.

„Die Bezahlung und das Ansehen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes stehen im krassen Gegensatz zu den Qualifikationsanforderungen. Amtsärztinnen und Amtsärzte müssen ein extrem breites Wissensspektrum abdecken“, konstatiert Dr. Udo Wolter, Vorsitzender des Ausschusses „Ärzte im öffentlichen Dienst“ der Bundesärztekammer. Neben der angezeigten Weiterbildung zum Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen ist eine vorher absolvierte Weiterbildung in einem klinischen Fachgebiet wünschenswert. Je nach Verwendung und Arbeitsschwerpunkt wird darüber hinaus oft erwartet, dass eine zusätzliche Schwerpunktweiterbildung erfolgt oder Zusatzbezeichnungen wie Sozial- oder Umweltmedizin erworben werden.

Unter diesen Bedingungen ist Personalmangel die logische Folge. Zwischen 2000 und 2011 ging die Zahl der Ärztinnen und Ärzte im ÖGD bundesweit

Impressum

BÄKground spezial
Hintergrundinformationen

Redaktionsanschrift
Pressestelle der deutschen Ärzteschaft
Alexander Dückers (v.i.S.d.P.),
Samir Rabbata
Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Tel: 030 - 40 04 56 700
Fax: 030 - 40 04 56 707
presse@baek.de
www.baek.de

um 20 Prozent zurück. Auch die Altersstruktur gibt Anlass zur Sorge. Auf einen Amtsarzt unter 50 Jahren kommen fünf darüber. Obwohl nur knapp ein Prozent der im Gesundheitswesen Beschäftigten im ÖGD arbeiten, fällt es immer schwerer, frei werdende Facharztstellen adäquat zu besetzen. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat jüngst auf einer Tagung der Ärzte und Zahnärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst angekündigt, sich des Problems im Rahmen des „Masterplan Medizinstudium 2020“ anzunehmen.

Vor diesem Hintergrund wird sich der 117. Deutsche Ärztetag intensiv mit den Herausforderungen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst befassen. Dabei wird es neben Forderungen nach einer adäquaten Stellenbesetzung und Bezahlung auch über die Aufwertung des Fachs in der medizinischen Ausbildung gehen. In der Diskussion ist, Famulaturen und Teile des Praktischen Jahres im ÖGD zu ermöglichen, um Nachwuchs für das Fach zu interessieren. Angeregt wird zudem, an den Hochschulen ein eigenständiges Fach „Öffentliche Gesundheit“ zu etablieren. ■